



NEWS LL 25

BMLVS

Peter Wawra, Vzt

GÖD LL 25 – 4020 LINZ

Tel.: 0676/9308017 DW: Mail: peter.wawra@liwest.at

NEWS

Anbei die heutigen News zur Kenntnisnahme und allfälligen Information an unsere Mitglieder.

INHALT

FPÖ-Bundesheergewerkschaft als Retter der ZS-Pensionszeiten?

Als Reaktion auf eine ÖAAB-Aussendung zur derzeitigen Situation um die Pensionsansprüche (22. September 2013) von Zeitsoldaten hat sich der FPÖ Parlamentsklub, vertreten durch Präsidenten Manfred Haidinger, mit einer propagandistischen und unwahren Aussendung eingebracht : ots.at: Bundesheergewerkschaft: Menschenarbeit als Sachaufwand in Österreich möglich? (siehe Anhang)

Als Zeitsoldat kann man über die verbreiteten UNWAHRHEITEN der blauen Bundesheergewerkschaft wirklich nur erstaunt sein!

FPÖ-Frischenschlager: "Vater" des Zeitsoldaten

War es doch in der Zeit der FPÖ Bundesminister [FRISCHENSCHLAGER](#) und [KRÜNES in den Jahren 1983 bis 1987](#) in der das "SACHAUFWANDSVERHÄLTNIS" des Zeitsoldaten aus der Taufe gehoben und zur "Hochblüte" getragen wurde. Besonders die ersten Zeitsoldaten hatten es besonders schwer. Den Spitznamen "[Zeitsklave](#)" hatten diese Kollegen den FPÖ-Ministern Frischenschlager und Krünes also zu verdanken. Unangenehme Dienste, Samstagsdienstabos und Überstunden ohne jegliche Abgeltung waren in dieser ersten Zeit an der Tagesordnung.

Eine Verbesserung trat erst ein auf Grund der Hartnäckigkeit engagierter Zeitsoldaten und der Unterstützung der GÖD!

Die Anrechnung von ZS-Zeiten ist derzeit mit 30 Monaten gedeckelt und führt bei ehemaligen Zeitsoldaten zu eklatanten Nachteilen in der Pension und gegenüber allen anderen Beschäftigten.

[Scheibner , Riss-Passer, Haupt und und Co. – auch keine FPÖ-Lösungen!](#)

Diese gesamte Problematik um den Zeitsoldaten war bereits dem blauen Bundesminister [SCHEIBNER](#) und all seinen anderen Ministerkollegen ([Susanne Riess-Passer](#); [Elisabeth Sickl](#), [Herbert Haupt](#), [Hubert Gorbach](#) und [Ursula Haubner](#)) bekannt.

FP(G)Ö-Bundesheergewerkschaftspräsident Haidinger übersieht dabei völlig "blauäugig" , das bis ins Jahr 2007 all diese FPÖ-Minister es in der Hand gehabt hätten, in Kenntnis der bekannten Änderungen des Pensionsystems (Lebenslange Durchrechnung; ASVG; Pensionskonto) einzugreifen.

Auch dem [FPÖ-Sozialminister und Vizekanzler HAUPT](#) ist diese Problematik bekannt gewesen, jedoch blieb er auch in den ergangenen Jahren 2000 bis 2007 untätig. Schließlich hatte [SCHEIBNER](#) 1997 (Bundesminister für Landesverteidigung in der Zeit von [4. Februar 2000](#) bis [28. Februar 2003](#)) die besagte [Anfrage 1932/J \(XX. GP\)](#) eingebracht, aber in seiner Zeit als Verteidigungsminister keinerlei Initiativen oder Maßnahmen zur Verbesserung gesetzt.

Zusammenfassend kann man nur festhalten: Der Präsident der Bundesheergewerkschaft, Manfred Haidinger, verbreitet wissentlich UNWAHRHEITEN indem er jegliche FPÖ-Beteiligung und Verantwortung ausblendet! Jedenfalls hat die FPÖ und der Präsident der Bundesheergewerkschaft ein hohes Maß an Mitverantwortung in dieser Angelegenheit, die sich durch diese Art von populistischer Marktschreierei nicht schönreden lässt!

"16.000 Bedienstete mit Zeitsoldatenvergangenheit" sollten bei der nächsten PV-Wahl gegen die Untätigkeit der FPÖ und gegen die UNWAHRHEITEN des Bundesheergewerkschaftspräsidenten Voten!

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

Der Vorsitzende der LL 25

Wawra Peter

Wawra Peter e.h.

Anhang zu News vom 30 09 2013

Schmähartikel des Präsidenten der Bundesheergewerkschaft vom 25 09 2013 in der APA

**Bundesheergewerkschaft: Menschenarbeit als Sachaufwand in Österreich möglich?
Arbeitszeit im Österreichischen Bundesheer nicht pensionsrelevant!!**

Wien (OTS) - Das Schauspiel der Regierungsparteien und ihrer Fraktionen in der GÖD ist doch so durchschaubar, stellt Manfred Haidinger, Präsident der Bundesheergewerkschaft fest. Durch einen roten SPÖ Funktionär, SPÖ Parteiobmann in St. Marienkirchen, FSG (Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter) und Zugskommandant beim Bundesheer wurde diese Problematik ganz plötzlich und wie aus heiterem Himmel aufgegriffen und eine Online-Petition gestartet. 16.000 Bedienstete mit Zeitsoldatenvergangenheit werden auf einmal für die SPÖ und ÖVP als Wählerschaft für die Nationalratswahl am kommenden Sonntag und für die Personalvertretungswahlen 2014 interessant.

Warum kam es den zu diesen Regelungen, fragt sich Haidinger, da sollten wir doch etwas zurück schauen.

Ab 1984 gingen die ersten Zeitsoldaten diese Verträge mit dem BMLV ein. Ein schlichtes 4-seitiges gelbes Formular ohne nähere Erläuterungen zur Pensionsversicherung. Unter SINOWATZ und VRANITZKY wurde dieses neue Dienstverhältnis geschaffen und aus der Taufe gehoben. Dreizehn Jahre hatten SPÖ und ÖVP in Alleinregierung Zeit sich um ihre ZEITSOLADTEN zu kümmern. Nichts passierte, stellt

Haidinger fest. Die ZEITSOLDATEN wurden ausgenützt und diensteingeteilt ohne Überstundenabgeltung, sowohl im täglichen Dienst als auch auf Laufbahnkursen. Die Regierung und die entsprechenden Personalchefs mit ihren Abteilungen im BMLV wussten immer Bescheid über die Unterversicherung im Bereich der Pensionszeiten. Die ÖVP Verteidigungsminister und ÖAAB-Bundesobmänner LICHAL und FASSLABEND haben in ihrer gleichzeitigen Funktion als Verteidigungsminister nichts für die Verbesserung der Situation der Zeitsoldaten getan. Die FPÖ stellte bereits 1997 an den ÖVP Verteidigungsminister und ÖAAB-Bundesobmann FASSLABEND die Anfrage 1932/J XX.GP an den Bundesminister für Landesverteidigung - betreffend Pensionsversicherung von Präsenzdienstleistenden. Diese Anfrage der FPÖ wurde an das Sozialministerium abgetreten. Seither kam es zu keiner Regelung in diesem Bereich. Anträge der FPÖ wurden bis in die Neuzeit der Regierung SPÖVP ständig von den beiden Regierungsparteien abgelehnt. Auch dem SPÖ Sozialminister HUNDSDORFER ist diese Problematik bekannt, jedoch blieb er die vergangenen Jahre untätig.

Und nun, so Haidinger, kurz vor Nationalratswahlen und im Vorfeld der 2014 stattfindenden Personalvertretungswahlen beginnt die GÖD nun über den ÖAAB eine Lösung nach den Wahlen im Rahmen der Regierungsverhandlungen zu fordern. Der Vorsitzende der Bundesheergewerkschaft in der GÖD, Wilhelm Waldner ergänzt in einem aktuellen Zeitungsbericht: "Ich freue mich, dass der ÖAAB unsere Anliegen bei den Regierungsverhandlungen einbringen wird". Vor sechzehn Jahren hätte die ÖVP unter ihrem Verteidigungsminister und ÖAAB Chef FASSLABEND dieses Thema aufgreifen und mit der SPÖ umsetzen können. Es geschah nicht.

Diese in ihrer Eigendarstellung so mächtige Gewerkschaft klagt, dass sie im Sozialministerium kein Gehör für die Anliegen der Zeitsoldaten fände, das ist doch erbärmlich, so Haidinger, insbesondere deshalb, wenn man weiß, wie oft bereits dieses Thema für Verhandlungserfolge bei den Lehrern geopfert werden musste.

Und jetzt plötzlich, weil die Umfragen der ÖVP bei den Nationalratswahlen kommenden Sonntag den 29.09.2013 in den Boden versinken und die Personalvertretungswahlen 2014 vor der Heerestüre stehen, kommt Arbeitseifer bei der ÖVP und auch bei der SPÖ auf, welche das Thema "an starten" durfte. Ein unglaubliches politisches Schauspiel der Laienschauspielertruppe um Wilhelm WALDNER bei der GÖD und im ÖAAB, sowie allen anderen Zuspiegeln der SPÖ - FSG, reagiert Haidinger scharf auf dieses Theater.

Als eine unerhörte Frechheit gegenüber den Betroffenen empfindet Haidinger die aktuelle Aussendung der Fraktion christlicher Gewerkschafter (FCG) im ÖGB- Burgenland (24.09.2013). Diese bewirbt

doch gar Norbert SCHNEDL als einen kompetenten Spezialisten für Dienst- und Besoldungs- sowie Pensionsrecht, welcher bei Sozialverhandlungen äußerst erfolgreich sei. Ebenso wird der ÖVP Wehrsprecher KLIKOVITS als erfahrener Sozialpolitiker angepriesen. Wo waren den diese beiden Herren in den letzten 16 Jahren, als es darum ging, die Pensionszeiten der Zeitsoldaten anzuerkennen, fragt sich Haidinger abschließend und spricht auch gleichzeitig eine Wahlempfehlung für alle Bediensteten des BMLVS für die FPÖ aus, da dies in den letzten Jahren die einzige Partei war, die sich für das Österreichische Bundesheer und die Bediensteten des BMLVS eingesetzt hat. Wir, die Bundesheergewerkschaft und damit alle Bediensteten des BMLVS brauchen auch in den nächsten Jahren einen verlässlichen Partner im Parlament und daher empfehlen wir am 29.09.2013, durch die Wahl der FPÖ die Vertretung des Bundesheeres im Parlament zu stärken.
